

Breslauer



Beitrag.

Nr. 193.

Sonntag den 14. Juli

1850.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten und Fonds-Course.
Paris, den 11. Juli. Ein am Monneron-Bahnhof stattgehabter Aufruf ist ohne jede politische Bedeutung. In der Legislatur findet die Fortsetzung der Pressege-
setz-Debatte statt.

Der Belagerungsstand für ganz Guadeloupe wurde beschloffen.

Zwischen den Deputirten Charvaz und Cassagnac fand ein Duell statt.

3% 57. 55, 5% 95. 70.

Hamburg, den 12. Juli. Wenig Geschäft. Berlin-Hamburger 85 1/2. Köln-Minden 95 1/2. Magdeburg-Wittenberge 57 1/2. Nordbahn 40 1/2. London 13 Mt. 8 Sch. Amsterdam 35. 85.

Frankfurt a. M., den 12. Juli. Nordbahn 43 3/4. 4 1/2 % Metal. 70 3/4. 5 % Metal. 80 3/4. Spanien 33 1/2. Badische Loose 32 1/2. Rurhessische Loose 32 1/2. Wien 100. London, den 11. Juli. Consols 96 3/4 bis 7/8.

Uebersicht.

Breslau, 13. Juli. Die Berliner ministerielle CC-Korrespondenz theilt mit, daß die preussischen Vorschläge in Bezug auf die deutsche Frage in Wien ziemlich gut aufgenommen worden seien. Obgleich man, so fährt sie weiter fort, darauf nicht viel geben darf, da Oesterreich Alles gut aufnehmen pflege, was zu weiteren Verhandlungen und somit zu weiterer Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes der Verwirrung veranlasse, so dürfe man doch hoffen, daß die neuerdings eingenommene feindselige Stellung der Großmächte gegen anerkannte deutsche Rechte, Oesterreich zu innewohnenden Zusammenhalten mit den deutschen Staaten treiben werde. — Ob man nicht zu viel Vertrauen auf die deutsche Gefinnung des Wiener Kabinetts setzt? Wann hat es die- selbe in neuerer Zeit betheiligt?

Der Prinz von Preußen hält sich mit dem Minister v. Manteuffel in Potsdam auf. Man hofft Günstiges von diesem Besam- mensein für die deutsche Sache. Auch soll ersterer jetzt ganz ernstlich auf ein entschiedenes Aufsteigen gegen Oesterreich dringen, während er bisher für Ausgleichung war.

Eine Nachricht aus Berlin meldet: daß die mit Braun schweig ab- geschlossene Militär-Konvention von Hannover und England die Anerkennung zu hoffen hätte. Das wäre wunderbar. Welches Recht hätte, z. B. England, diese Militärkonvention zu verhindern? Die Sache klingt etwas fabelhaft.

Der preussische Gesandte zu London, Ritter Bunsen, tritt so- wohl als Repräsentant einer deutschen Großmacht als auch auf privatem Wege für die Rechte und die Ehre Deutschlands energisch auf. (S. unter Berlin die Denkschrift und die Inhalts-Angabe der- selben, des Herrn. Vind.) Der volle Beifall nicht allein des preußi- schen, sondern des ganzen deutschen Volkes wird diesem würdigen Verhalten den gehörigen Nachdruck geben und die Pfeile, welche von der zusehends wachsenden Partei auf den ehrenwerthen Repre- sentanten Preußens abgeschossen werden, von ihm ab und auf die Ab- sender wenden.

Die heut hier angelommene „Allg. Allg. Ztg.“ macht uns mit dem Wortlaut des zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Friedens-Traktats bekannt. Der Leser mag ihn unter der Rubrik „Preußen“ nachschlagen und aufmerksam prüfen. Findet er manches Unwahrscheinliche und Unglaubliche darin, so theilt er unser Schicksal; wir hatten das Astenstück für unrichtig, mindestens an vielen Stellen für ungenau.

Die Kampflust zeigt sich in den Herzogthümern Schleswig-Hol- stein immer glänzender. Diejenigen, welche den Jahren nach noch nicht dienpflichtig sind, haben bei dem General Willisen die Erlaubnis nach- gesucht, in das Heer eintreten zu dürfen. General Willisen hat sie da- hin beschloffen, daß zu Rendsburg ein Bureau für Anmeldungen von Freiwilligen errichtet sei. — Die preussischen Truppen ziehen sich bereits im südlichen Schleswig, bei Putz und Eckersförde, zusammen, um am 12. und 13. Juli ihren Rückmarsch anzutreten. — General Willisen hat bereits alle Dispositionen für den Kampf getroffen, die wichtigsten Punkte und Antriebsstationen werden von den erfahrensten Komman- danten besetzt. In Rendsburg ist das Generalkommando. — In Kiel will man mit Gewissheit wissen, daß eine große Zahl deutscher Regie- rungen den dänischen Feldzug nicht ratificiren wird.

Der Großherzog von Baden hat am 8. und 9. Juli mehrere badische Truppentheile inspizirt. Der Abmarsch der badischen Truppen nach Preußen wird endlich doch stattfinden. Man bezeichnet den 13. Juli als den Tag des Ausmarsches. Aus Köln wird gemeldet, daß dort die badischen Truppen am 15ten oder 16ten erwartet werden. Es heißt, Hannover habe wegen des Transportes der badischen Truppen auf der hannoverschen Eisenbahn einige Bedingungen gestellt, die nun von Preußen befreit seien. — Auch wunderbar!

Dem gewesenen Präsidenten der aufgelösten Landes-Versammlung zu Stuttgart sind revolutionäre Aufforderungen zugegangen. Er hat sie getöndert abgewiesen.

Die Verhandlungen der absterbenden Kammern zu München sind äußerst langweilig. — Eine Privatgesellschaft zu Kaiserlautern ist als eine gefährliche Verschwörung aufgelöst worden, während sie sich ganz gewöhnlich im Garten über politische Unterhalt. Einige sind sogar von ihren Aemtern suspendirt worden. Politische Gespräche dürften auf diese Weise in Bayern bald eine Unmöglichkeit werden.

Der Piusverein scheint in Mainz sehr verfaßt zu sein. Am 9ten haben vor dem Versammlungsorte desselben wieder alle Excesse statt- gefunden.

Die National-Versammlung zu Paris hat das Pressegesetz mit einer neuen, echt russischen Abgabe versehen. Es wurde nämlich in der Sitzung vom 10ten mit einer Majorität von 32 Stimmen der Auf- genommen, daß jeder politische, philologische oder religiöse Zeitungs- Artikel mit der Namensunterschrift des Verfassers versehen sein müsse. Das Ministerium selbst erschrak über die Annahme und machte ein modifizirendes Amendement. Die Debatte hievüber wurde auf den fol- genden Tag verschoben.

Breslau, 13. Juli.

Auf der Kasseler Konferenz werden die Geschehnisse des Zoll- vereins ihrer Lösung erhalten; noch gab es keinen bedeutungsschwe- rerer Moment für ihn seit er besteht; noch nie war es mehr in Frage, ob sich auf ökonomischer Grundlage werde fest zusammen-

schließen lassen, was politisch auseinanderzureißen und in seine Elemente zu stäuben droht; das schwere Wort der Trennung ist bereits von mancher Seite her gesprochen. Wir aber können nicht glauben, daß das größte nationale Unglück, welches für Deutsch- land gegenwärtig existirt, nach so vielen harten Schlägen über uns hereinbrechen werde; wir können nicht glauben, daß man die letzte Form gewaltsam zerreißen wird, unter der die deutschen Staaten sich noch nahe stehen, und lebendig fühlen, daß gleiche Interessen sie verbinden.

Der Zollverein hat sich von seiner Begründung an bis auf den heutigen Tag als eine echt deutsche nationale Schöpfung be- währt; er hat die Gemeinschaftlichkeit der vaterländischen Inter- essen Aller Augen nahe gelegt; er hat wesentlich dazu beigetra- gen, daß in den einzelnen Staaten der enge separatistische Ge- richtspunkt hinter den weiten vaterländischen zurücktrat, und daß die Einheit, welche, wenn gleich unvollkommen mit der Freiheit des Verkehrs gegeben war, zum großen nationalen Bedürfnis wurde. Der Zollverein hat den inneren Verkehr von den Be- lastigungen und Hemmnissen befreit, welche ihm bis dahin durch die Territorialvertheilung angelegt war, und hat der bisher- rigen Schuttschloßheit des deutschen Fleißes gegen ausländische Ge- setzgebung und Politik die Bildung eines deutschen Handelsystems begonnen. Er hat ein Gebiet für gemeinsame deutsche Thätig- keit eröffnet, die Bahn zur Erringung eines großen Volkswesens gebrochen; ein mächtiges Mittel zur Erhebung deutscher Ge- werbetrafs aus Schwäche und Unterdrückung, zur Ergän- zung und Stärkung des deutschen politischen Einheitsgedan- kens gegeben. Die Keime zur Erlangung innerer Selbststän- digkeit, Freiheit und Kraft lagen in ihm; er stellte die unausgebildete aber zukunftsreiche politische-ökonomische Organi- sation des noch zu erringenden deutschen Bundesstaats dar. Der Zollverein beruht auf einer materiellen und moralischen Noth- wendigkeit des deutschen Volkes, welche ein festeres Band und eine dauerhaftere Garantie für seinen Fortbestand giebt, als der leicht zerbrechbare äußerliche Vertrag, der 1854 abläuft. Und um dieser Nothwendigkeit willen, glauben wir, daß alle Befürchtun- gen und alle schadenfrohen Hoffnungen, die jetzt in Bezug auf den Fortbestand des deutschen Zollvereins laut werden, grundlos sind.

Wir sind weit entfernt davon, zu behaupten, daß der Zollverein in seiner bisherigen Gestalt den Interessen und Bedürfnissen der deutschen Nation ganz entspricht. Wir sind die Ersten, welche es eingestehen, daß er noch unvollständig in Bezug seines ge- ographischen Gebietes, seines Handelssystems, seiner Vertretung und seiner ganzen Organisation ist, daß es in seiner Administ- ration Uebelstände genug giebt, und daß er im Ganzen noch einen ziemlich lockern Bind darstellt. Jedoch alle diese Fehler sind zu verbessern; in der Natur der Dinge war es begründet, daß die Fortbildung des Zollvereins zu einem gesamtdeutschen Handels- bunde nur langsam vor sich gehen konnte; ja wir glauben sogar, daß sich der Zollverein nicht anders als langsam fortbilden kann, wenn er seine Wurzeln tief durch den deutschen Boden schlagen, wenn er mit dem deutschen Volksthum innig zusammenwachsen soll. — Seit der deutsche Bund von 1815 nicht einmal die deutsche Handelsfreiheit gab, blieb kein anderer Weg übrig, als der mühs- same und schwierige vom Besonderen zum Allgemeinen, der Weg der allmählichen Zollvereinigung einzelner Staaten, mit immer we- terer Ausdehnung über größere Theile des gesammten Vaterlan- des. Aber die Theile, welche bereits zusammengefaßt sind, müs- sen alle ihre gegenseitigen Interessen vollkommen gemeinschaft- lich haben, sie müssen innerlich gefestigt und stark sein, sie müssen ge- gen alle die zahlreichen Feinde, welche von jeder jeder enge Bund deutscher Staaten gehabt hat, gegen alle Gegenmächte, gegen alle Wechselkälle der Zeit gewappnet sein und zusammenhalten, um die nöthige sichere Basis für den Anschluß des noch Außenstehen- den zu erhalten.

Dies sind die Gesichtspunkte, von welchen aus wir unsere Wünsche für die Kasseler Zollkonferenz formiren. Wir erwarten von ihr zunächst die vollkommene Verständigung und Einigung über das handelspolitische System und den Tarif, welche die notwendige Verbindung für jede weitere Organisation ist. Wir haben uns bereits mehrfach dahin ausgesprochen, daß wir die Vorlagen des preussischen Handelsministeriums fast in allen Theilen für die geeignetste Basis der Unterhandlungen zu Kassel halten, und daß wir den Zollverein für jetzt in das Stadium handelspolitischer Entwicklung zu treten wünschen, welches diese Vorlagen anbahnen. Preußen umfaßt im kleinen Abbiude alle Ver- schiedenheiten und Gegensätze in Landwirtschaft, Manufaktur und Handel, die der größere Zollverein darbietet, und war entschie- den am meisten befugt, nach umfassender Prüfung und Erörterung durch seine Gesamtvertretung Vorschläge zur Ausgestaltung der im Zollverein bestehenden Differenzen zu machen und Maß- regeln zur Hebung der Hauptwege der inländischen Gewerbe- thätigkeit, welche bis dahin am schmerzlichsten vermisst worden waren, bei der Zollkonferenz einzubringen. Es ist auch, so weit unsere Nachrichten reichen, von den meisten der größeren Vereinsregierungen bereits eine vorläufige Zustimmung zu der Tendenz der preussischen Vorschläge eingelaufen, von den übrigen aber bestimmt zu erwarten, so wie sich die bisher in Kassel ein- gegangenen selbstständigen Anträge der Vereinsregierungen ganz in derselben Richtung bewegen sollen. Wir werden uns voll- kommen damit begnügen, wenn in Kassel eine vollständige Ein- gung in den Tariffragen erzielt wird.

Zwar wir würden bedeutende Reformen der Verfassung des Zollvereins, etwa in der gemeinsamen Repräsentation gegen außen, in den Transport- und Verkehrsangelegenheiten, in Bank- und Kreditwesen mit Freuden begrüßen, wir würden eine Umwand- lung des bisherigen sehr mangelhaften Systems der Abstim- mung, wonach zu jedem Beschlusse Unanimität erforderlich war, sehr gern sehen. Jedoch wir glauben nicht, daß man sich in Kassel mit Fragen, die über den Tarif hinausreichen, befassen wird. Weiter aber, als über eine Organisation des Zollvereins in seinem Innern, reichen unsere eigenen Wünsche nicht, und wir möchten nicht, weder daß man zu Kassel schon mit den norddeutschen Staaten, noch viel weniger, daß man mit Oester- reich unterhandelt.

Wir haben selbst den Augenblick, in welchem der Zollverein seine Grenzen nach dem Norden hinausdrücken wird, lange her- beigeseht; wir halten die Abrundung des Zollvereins durch die

deutsche Küste für das Ziel aller politisch-ökonomischen Bestre- bungen in Deutschland, und für den Ausgangspunkt zur Errin- gung einer deutschen Handelspolitik und Handelsmacht. Die Betrachtung über die Abhilfe für alle Mängel und Bedürfnisse des Zollvereins führt auf seine Erweiterung über die deutschen Nordseefleeten, auf die Oeffnung des Meeres hin, alle organi- schen Keime für eine große Zukunft scheinen in dieser Vereinigung der Bedingungen ihres Wachstums und Erstarkens zu finden. Wir halten auch diese Vereinigung im Interesse beider Systeme für wohlbegründet, und glauben, daß dem Zollvereine ebensoviel daran liegen muß, mit seinen Erportheiten ohne Zollschranken verbunden zu sein, als diesen Häfen daran liegen muß, daß in ihren Hinterlanden reiches Material für den Export da sei, also daß sich die deutsche Industrie entwickle und Absatz finde. Be- treffs der Hölle für Kolonialwaren sogar, welche bisher aus finanziellen Rücksichten die meisten Bedenken gegen den Anschluß erregten, war die im Werke begriffene Erhöhung der genannten Positionen im Tarif des Steuervereins eine sehr wichtige Er- scheinung und ein mehr entgegenkommender Schritt, als man es von Seiten des Steuervereins Wort haben mochte. So günstig aber auch diese Lage der Dinge sein möge, wir halten die Kasseler Konferenz für Unterhandlungen über den Anschluß des nordwestlichen Deutschlands nicht geeignet. Prinzipielle Divergenzen der schroffen Natur, selbstseitige Meinungen, Vorurtheile, Neigungen und Interessen aller Art sind bei dieser Anschlußfrage zu überwinden. Und ob- wohl die thätigste Zusammenfassung der Zollvereins- und norddeutschen Handelsgesetze sehr bald die Nichtigkeit jener Vor- urtheile zeigen würde, eben so wie der Zollverein alle Bedenken, die man ihm einst entgegenstellte, in der Wirklichkeit glänzend widerlegte, so ist doch für Verbindungen auf diese Ausfahrt hin und überhaupt für neue Organisationen auf dem Gebiete der nationalen Handelspolitik der gegenwärtige Moment nicht we- niger als geeignet. Die Zerküftung und Wirrnis in der deutschen Politik, die gereizte Stimmung der deutschen Kabinete gegen ein- ander, die ganze Trübsaligkeit der jetzigen Nationalzustände weis- en darauf hin, die thätigsten und zukunftsreichen Gestaltungen, welche noch bestehen und zu welchen auch der Zollverein gehört, zu erhalten und in sich zu befestigen, damit sie zu einer besseren Zeit die Unterlage für neue Schöpfungen abgeben können, als durch große Pläne ohne Garantie des Erfolges die letzten festen Haltpunkte, welche uns übrig geblieben sind, aufs Spiel zu setzen. Wir glauben daher für jetzt auf den Anschluß der nord- deutschen Staaten verzichten zu müssen. Vielleicht daß das Jahr 1854, in welchem die zu Berlin 1841 auf 12 Jahre verlän- gerten Zollvereinverträge und gleichzeitig der hannoversch-englische Vertrag vom 22. Juli 1841 ablaufen, der geeignete Zeitpunkt für die definitive Konstitution des deutschen, alle Nordseefleeten umfassenden Handelsbundes sein wird.

Wir können uns noch weniger dafür entscheiden, daß man auf der Kasseler Konferenz die österreichischen Vorlagen in Erwägung zieht. Sie würden wahrscheinlich unüberbare Motive der Zwietracht in den Zollverein werfen und seine Gegenwart und Zukunft in Frage stellen.

Die österreichischen Vorlagen sind reich an schönen und zu- kunftsreichen Gedanken. Aber sie schließen eine so ungeheure und totale Umänderung aller ökonomischen Verhältnisse in Deutsch- land in sich, sie erfordern zu ihrer Ausführung die Ueberwindung einer solchen unendlichen Menge von entgegenstehenden Interessen, daß wir glauben, es würde, ganz abgesehen von ihrer thätigsten Realisirung, die bloße Berathung im gegenwärtigen Augenblicke hinreichen, um in die handelspolitischen Zustände von Deutschland dieselbe chaotische Verwirrung zu bringen, deren sich die politi- schen erfreuen.

Eingung über das handelspolitische System, innere Consolida- tion des Zollvereins, das ist Alles, was wir von der Kasseler Konferenz verlangen und erwarten. Daß der in sich fest organi- sirt Zollverein sich mit der deutschen Küste verbinde, daß der so gebildete deutsche einheitliche Handelsbund mit Oesterreich zu- sammen trete, dafür wird die Nothwendigkeit und das gemeinschaft- liche Interesse aller dabei theilnehmenden Staaten sorgen.

Preußen.

Berlin, 12. Juli. Se. Majestät der König haben aller- gnädigst geruht dem katholischen Kantonal-Pfarrer Cornelius Nolden zu Düren den rothen Aderorden vierter Klasse; dem Gendarmen Gottlieb Gredend von der 1sten Gendarmere- Brigade das allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Köchlein Johann Wiesner zu Wandorf bei Spandau, die Rettungs- Medaille am Bande zu verleihen.

Se. königl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Stralitz ist von Sanssouci hier angekommen.

Angelommen: Se. Excellenz der großherzoglich sächsische wirkliche geheime Rath und Staatsminister v. Wagborff, von Meiningen. — Abgereist: Der wirkliche geheime Ober-Justiz- Rath und Unterstaatssekretär im Ministerium für landwirtschaft- liche Angelegenheiten, Rode, nach Karlsruhe.

Die Augsburger Allg. Ztg. bringt heute den Text des zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Frie- dens-Traktats. Die Richtigkeit und Genauigkeit desselben erscheint uns nicht ganz zweifellos. Da uns jedoch bis jetzt jede authentische Mittheilung fehlt, sehen wir uns genöthigt, das Astenstück, wie es uns das sächsische Blatt überliefert, zu veröffentlichen. Wir haben dem französischen Text der Allg. Z. eine deutsche Uebersetzung beigelegt. Das Astenstück lautet:

Traité de paix
entre Sa Majesté le roi de Danemark et Sa Majesté le roi de Prusse au nom de l'Allemagne.

S. Maj. le roi de Dane- mark et Sa Maj. le roi de Prusse, animés du désir de rétablir entre leurs états res- pectifs la paix et la bonne harmonie, interrompues par les différends relatifs aux duchés de Slesvic et Holstein,

ont pour cet effet nommé et autorisé comme plénipoten- tiaires, savoir Sa Maj. le roi de Danemark les sieurs NN. et Sa Maj. le roi de Prusse le sieur N. N.

Les susdits plénipotentia- res, avec le concours du comte de Westmoreland, ministre de Sa Maj. britannique à Ber- lin, comme représentant de la puissance médiatrice, et après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs respectifs, trou- vés en bonne et due forme, sont convenus des articles de paix suivantes.

Art. 1. Il y aura à l'avenir paix, amitié et bonne intel- ligence entre le Danemark et l'Allemagne. Les deux hau- tes parties contractantes ap- porteront la plus grande at- tention à maintenir une pa- rfaite harmonie entre leurs états et leurs sujets respec- tifs, et éviteront soigneuse- ment tout ce qui pourrait altérer l'union si heureuse- ment rétablie.

Art. 2. Tous les traités et conventions conclus entre le Danemark et l'Allemagne sont par le présent traité ré- tablis dans toute leur rigueur.

Art. 3. Les hautes parties contractantes se réservent tous les droits qui leurs ont appartenus réciproquement avant la guerre.

Art. 4. Sa Maj. le roi de Danemark s'engage à ratifier le présent traité. Sa Maj. le roi de Prusse non seulement s'engage à le ratifier égale- ment, mais il emploiera aus- ses bons offices après des états de la Confédération ger- manique, pour en obtenir adhésion et ratification pleine et entière du présent traité dans le plus bref délai. Les ratifications danoise et prus- sienne seront indépendam- ment des ratifications des autres états allemands échan- gées à Berlin dans l'espace de huit jours à dater du jour de la signature, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi etc.
Article séparé. Sa Maj. le roi de Danemark et Sa Maj. le roi de Prusse, venant de conclure la paix par le traité signé aujourd'hui par leurs plénipotentiaires, sont en même temps convenus de ce qui suit. Sa Maj. le roi de Prusse se déclare disposée à coopé- rer à l'établissement d'un ordre de succession commun pour tous les états réunis sous le sceptre de Sa Maj. danoise par suite de l'ar- ticle IV des préliminaires du 10 Juillet 1849. Sa Maj. danoise soumettra à ce sujet une proposition aux grandes puissances. La stipulation pré- cédente sera ratifiée en même temps que le traité de paix signé aujourd'hui, et les ra- tifications en seront échan- gées à Berlin dans l'espace de huit jours à dater du jour de la signature, ou plutôt si faire se peut.

Zur Beglaubigung desselben etc.
Separat-Artikel. Se. Majestät der König von Dänemark und Se. Majestät der König von Preußen, nachdem sie durch den heute von ihren Bevollmäch- tigten unterzeichneten Vertrag den Frieden geschlossen haben, sind gleichzeitig über Nachfolgendes übereingekommen. Se. Majestät der König von Preußen erklärt sich bereitwillig, für die Herstel- lung einer gemeinsamen Erbfolge für alle unter dem Scepter Ihrer dänischen Majestät vereinigten Staaten in Folge des Art. IV. der Präliminarien vom 10. Juli 1849, mitzuwirken. Se. dänische Maj. wird den Großmächten zu diesem Zwecke eine Proposition vorlegen. Vorbehalten die Ratifi- cation wird gleichzeitig mit dem heute unterzeichneten Friedens- Vertrag ratificirt werden, und die Ratifikationen werden inner- halb 8 Tage vom Tage der Unterzeichnung ab, oder wenn möglich noch früher in Berlin ausgetauscht werden.

(Folgt das Protokoll, welches wir bereits in Nr. 190 d. Bresl. Ztg. mitgetheilt haben.)
[Aus Bunsens Note vom 5. Juli.] Wir lesen im „Hamb. Correspond.“ einen Berliner Brief folgenden Inhalts: „Wir sind in den Stand gesetzt, über die Note, welche der preussische Gesandte in London, Herr Dr. Bunsen, in Bezug auf die gestern von uns berathenen Londoner Konferenzen an Lord Palmerston unterm 9ten d. erlassen hat, Näheres mitzutheilen. Zu- gleich mit der Note ist auch eine Denkschrift von Dr. Bunsen abgegeben worden. Dem Streben der Großmächte, die dänische Gesamt-Monarchie zu garantiren und die dänische Ange- legenheit gleichsam über dem Kopfe Deutschlands hinweg eigen- mächtig zu ordnen, wird in diesen beiden Astenstücken in wieviel- ger und entscheidender Weise entgegengetreten. In der Note heißt es: „Die Auffassung, die Staaten, deren Dberhaupt der König von Dänemark ist, als eine Gesamt-Monarchie zu betrachten,

Holstein bezüglichen Differenzen gestört wurden, haben zu dem Zwecke als Bevollmächtigte er- nannt und autorisirt, nämlich Se. Maj. der König von Dä- nemark die Herren NN, NN, Se. Maj. der König von Preußen den Herren NN.

Die genannten Bevollmächti- gen sind unter Mitwirkung des Grafen Westmoreland, Ministers Ihrer brittischen Maj. in Berlin, als des Repräsentanten der ver- mittelnden Macht, und nachdem sie ihre in guter und gehöriger Form befundenen respektiven Voll- machten ausgetauscht hatten, über folgende Friedens-Artikel überein- gekommen:

Art. 1. Es soll in Zukunft Frieden, Freundschaft und gutes Einvernehmen zwischen Dänemark und Deutschland stattfinden. Die beiden hohen Kontrahenten wer- den die größte Aufmerksamkeit darauf richten, eine vollkommene Harmonie zwischen ihren Staa- ten und ihren resp. Unterthanen aufrecht zu erhalten, und werden sorgfältig Alles vermeiden, was die so glücklich hergestellte Einig- keit stören könnte.

Art. 2. Sämmtliche zwischen Dänemark und Deutschland ab- geschlossenen Verträge und Con- ventionen werden durch den ge- genwärtigen Vertrag im ganzen Umfang wieder hergestellt.

Art. 3. Die hohen Contra- henten behalten sich alle Rechte vor, in deren Besitz sie beider- seits vor dem Kriege waren.

Art. 4. Se. Majestät der König von Dänemark verpflichtet sich diesen Vertrag zu ratificiren. Se. Majestät der König von Preußen verpflichtet sich nicht nur ihn ebenfalls zu ratificiren, son- dern wird auch seine guten Dienste bei den Staaten des deutschen Bundes verwenden, um ihre Zu- stimmung und vollständige Ra- tification für diesen Vertrag in der kürzesten Frist zu erlangen. Die deutsche, wie die preussische Ratification werden unabhängig von den Ratifikationen der an- deren deutschen Staaten in Ber- lin innerhalb 8 Tagen vom Tage der Unterzeichnung ab, oder wenn möglich noch früher, ausgetauscht werden.

Zur Beglaubigung desselben etc.
Separat-Artikel. Se. Majestät der König von Dänemark und Se. Majestät der König von Preußen, nachdem sie durch den heute von ihren Bevollmäch- tigten unterzeichneten Vertrag den Frieden geschlossen haben, sind gleichzeitig über Nachfolgendes übereingekommen. Se. Majestät der König von Preußen erklärt sich bereitwillig, für die Herstel- lung einer gemeinsamen Erbfolge für alle unter dem Scepter Ihrer dänischen Majestät vereinigten Staaten in Folge des Art. IV. der Präliminarien vom 10. Juli 1849, mitzuwirken. Se. dänische Maj. wird den Großmächten zu diesem Zwecke eine Proposition vorlegen. Vorbehalten die Ratifi- cation wird gleichzeitig mit dem heute unterzeichneten Friedens- Vertrag ratificirt werden, und die Ratifikationen werden inner- halb 8 Tage vom Tage der Unterzeichnung ab, oder wenn möglich noch früher in Berlin ausgetauscht werden.

(Folgt das Protokoll, welches wir bereits in Nr. 190 d. Bresl. Ztg. mitgetheilt haben.)
[Aus Bunsens Note vom 5. Juli.] Wir lesen im „Hamb. Correspond.“ einen Berliner Brief folgenden Inhalts: „Wir sind in den Stand gesetzt, über die Note, welche der preussische Gesandte in London, Herr Dr. Bunsen, in Bezug auf die gestern von uns berathenen Londoner Konferenzen an Lord Palmerston unterm 9ten d. erlassen hat, Näheres mitzutheilen. Zu- gleich mit der Note ist auch eine Denkschrift von Dr. Bunsen abgegeben worden. Dem Streben der Großmächte, die dänische Gesamt-Monarchie zu garantiren und die dänische Ange- legenheit gleichsam über dem Kopfe Deutschlands hinweg eigen- mächtig zu ordnen, wird in diesen beiden Astenstücken in wieviel- ger und entscheidender Weise entgegengetreten. In der Note heißt es: „Die Auffassung, die Staaten, deren Dberhaupt der König von Dänemark ist, als eine Gesamt-Monarchie zu betrachten,

denfalls ist Schleswig-Holstein gegenwärtig von den Mächten verlassen, die sein politisches Geschick in den letzten 2½ Jahren getragen und geleitet haben. In London haben drei fremde Großmächte über dasselbe entschieden, als ob es gar kein Deutschland gäbe, das die Sache der Herzogthümer zu der feindlichen gemacht und für deren Unabhängigkeit blutige Opfer gebracht hat. Es hat sich in den letzten 30 Jahren öfters ereignet, daß europäische Großmächte in kleineren Staaten unter der Form der Vermittelung intervenierten. So wurde Griechenland, so wurde Belgien passiviert. Man betrachtet also auch die Schleswiger als eine kleine Nation und vergißt, daß ihnen ganz Deutschland zur Seite steht. Es wird über die Rechte eines deutschen Stammes disponiert, ohne daß Deutschland auch nur unter der schwachen Form des früheren Bundestages dabei vertreten wäre.

Doch lassen wir die Rechtsfrage. Das Nationalgefühl regt sich in jeder deutschen Brust; das darf nicht fehlen, was selbst in der schlechtesten Zeit nicht gefehlt hat. — Als Missionshi gefallenen war, da ergreift, so weit es die metternichschen Polizeianstalten zuließen, alle deutschen Herzen ein Verlangen, da war Alles bereit, dem unglücklichen Lande mit Rath und That beizustehen. Sollen wir es, wo es sich um blutverwandte deutsche Stämme handelt, der deutschen Diplomatie überlassen? Den Regierungen war es vor 2 Jahren nicht möglich, die schleswig-holsteinischen Verhältnisse zu ordnen, jetzt werden sie es um so weniger im Stande sein.

Um so mehr ist es an uns, mit unserer deutschen Gesinnung, mit unseren Sympathien für die deutschen Brüder hervorzutreten und unsere Ansicht geltend zu machen, so weit es eine konstitutionelle Verfassung wie die unsrige gestattet. Mögen wir ausprechen und durch Manifestationen bekunden, daß, wenn die Verhältnisse in Schleswig-Holstein sich kriegerisch gestalten, wir Alles zu thun bereit sind, um diese gute, echte deutsche Sache zu unterstützen. (Lebhaftes Bravo.)

Dr. Prof. Haase: Der Vereinsvorstand ist nicht der Ansicht gewesen, diese Sache an sich vorübergehen zu lassen. In seiner letzten Sitzung wurde darüber berathen, ob schon etwas geschrieben könne, bevor noch die Friedensbedingungen näher bekannt geworden. Letzteres ist jedoch an sich ganz gleichgültig. Die Schleswig-Holsteiner sind von den Regierungen im Stiche gelassen, ihre einzige Aussicht ist die, daß sie deutsche Brüder haben, die sie kräftig unterstützen werden. Das deutsche Volk gebe ihnen daher seine Gefinnungen zu erkennen in dem Augenblicke, wo seine Truppen sich zurückziehen. Der Vortheil des Friedens besteht nur darin, dem deutschen Heere den Rückzug zu sichern. Der gegenwärtige Moment bietet dem dänischen Heere die beste Gelegenheit, in Schleswig einzuziehen, die Flotte kann noch überall landen. Alle Umstände sind für die Dänen sehr günstig gewählt. Eine solche Lage eines deutschen Stammes muß unsere Theilnahme erwecken. Hoffentlich werden wir nicht zögern und bald eine männliche Erklärung dahin abgeben, daß wir unsere deutschen Brüder nicht im Stiche lassen werden. Beauftragen Sie den Vorstand, eine derartige Erklärung abzugeben. Jeder Einzelne von Ihnen wird aber auch für den Fall, daß der Kampf in den Herzogthümern ausbricht, die Mittel zur Kriegsführung herbeischaffen helfen. Sie werden darüber zu entscheiden haben, ob der Vorstand oder ein neues Komitee mit Einsammlung der Gaben beauftragt werde, und ob für die gedachten Zwecke eine Verbindung mit andern Vereinen stattfinden solle. Vor allen Dingen werden Sie die Pflicht dokumentieren, den Schleswig-Holsteinern zu helfen! (Bravo!)

Dr. Dr. Schwarz wünscht, daß mittelst Circulars eine Verbindung mit der städtischen Ressource und ähnlichen Vereinen angeknüpft werde.

Dr. Professor Wilda will die Sache von Jedem in seinem Kreise angeregt wissen. Eine Alliance mit andern Vereinen erscheine für jetzt nicht rathsam.

Dr. Dr. Cauer ist gegen den Schwarz'schen Antrag. Die Hilfsvereine schon jetzt ins Leben zu rufen, wäre vorzeitig. Auf den Wortlaut des Friedensstrates komme es allerdings nicht an. Doch möge man mit Bildung der Vereine nicht eher vorgehen, bis eine offizielle Kundgebung von Seiten der schleswig-holsteinischen Statthalterchaft erfolgt sein werde. Vielleicht beschreite diese den friedlichen Weg und gelange so zu dem erwünschten Ziele. In dieser nationalen Sache aber möge durchaus von keiner Partei als solcher die Rede sein. Es möge sich daher ein Verein bilden, der in keinem Zusammenhange mit dem Wahlvereine steht.

Dr. Dr. Delsner betrachtet als das Schlimmste jene Konferenzen in London, denen man mit allem Stillsitzen des Nationalgefühls gegenüberstehen müsse. Zunächst werde der Vorstand ermächtigt, in diesem Sinne ein Schriftstück zu veröffentlichen. Dann möge schon jetzt mit den Sammlungen der Anfang gemacht werden.

Dr. Dr. Schwarz erklärt, daß auch er die Frage des Anschlusses an andere Vereine ganz allgemein und ohne jede Parteilichkeit behandelt wünsche. Zugleich schlägt der Redner vor, daß sofort eine Subskription für den mehrerwähnten Zweck vorgenommen werde.

Herr Geheimrath Stenzel: Als Schleswig-Holstein vor vier Jahren durch den offenen Brief des Königs von Dänemark angegriffen wurde, da stieß ein deutscher Fürst mit seinem Degen auf die Erde und zeigte laut seinen Unwillen: das war der König von Bayern. Preußen war damals still. Nachdem jedoch der Krieg in den Herzogthümern ausgebrochen war, da war es der König von Preußen, welcher die deutsche Sache zu seiner eigenen machte, und ohne Auftrag vom deutschen Bunde seine Truppen in die bedrohten Lande einrückte ließ. Ich brauche nicht erst zu sagen, daß unter den obwaltenden Umständen die Schleswig-Holsteiner von den Fürsten keine Hilfe mehr zu erwarten haben. So lange uns der Mund nicht verschlossen ist, wollen wir handeln für die deutsche Sache. Wir weiß nicht, welche Bedeutung die schleswig-holsteinischen Seebäder für Deutschland haben? Die fremden Großmächte wissen es nur zu gut; sie würden es nicht gern sehen, wenn sich in Deutschland eine starke Land- und Seemacht bilde. Wir haben eine Flotte gebildet, sie hat kein Vaterland mehr. — Drum müssen wir thun, was wir vermögen, um die Bestrebungen Schleswig-Holsteins, die mit denen unseres großen Vaterlandes Hand in Hand gehen, mit Nachdruck zu fördern. Wir müssen zeigen, daß in Schlesien eine hohe Begeisterung herrscht für die Unabhängigkeit eines deutschen Brudervolkstammes, für die Ehre Deutschlands. Wir wissen zwar noch nicht die Einzelheiten des abgeschlossenen Vertrages, aber wir wissen genug, um nicht müßig zu bleiben. Eine Anzahl Männer, die das allgemeine Vertrauen besitzen, mögen sich an die Spitze stellen und zu Beiträgen für die Schleswiger auffordern, die bald in Noth gerathen dürften. Die Zahlungen können bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten verschoben werden. Schlesien wird zur Zeit der wirthlichen Noth seine deutschen Brüder nicht fallen lassen. (Beifall.)

Herr Kaufmann Primker hofft, die hier verhandelte Sache werde auch in der konstitutionellen Ressource Anklang finden. Man möge sie daher in der nächsten Versammlung jener Gesellschaft auch dort zur Sprache bringen.

Herr Kaufmann Grund erklärt sich für eine sofortige Subskription.

Der Präsident resumirt noch einmal alle Vorschläge, welche aus der Debatte hervorgegangen sind: 1) ein Manifest unserer Gesinnung, das möglichst bald bekannt gemacht werde; 2) ein von allen Parteien unabhängiges Komitee, welches die Sache in die Hand nehme; 3) eine sofortige Subskription zu Gunsten der bedrängten Herzogthümer.

Es wird vom Vorsitzenden bemerkt, daß diese Anträge einander nicht ausschließen, sondern vielmehr recht gut neben einander bestehen können. — Die Subskription wird sogleich veranlaßt und ergibt die Summe von 110 Rtl. Die Ausführung der übrigen Vorschläge bleibt dem Komitee anheim gegeben.

Der Fragekasten bot eine ziemlich reiche Ausbeute. Wir haben nur diejenigen Fragen hervor, die ein allgemeines Interesse darbieten dürften.

Was werden wir für Schleswig-Holstein thun?

Der Präsident erwidert, daß die vorangegangenen Verhandlungen dem Fragesteller zur Antwort dienen können.

Hat der Staatsanwalt, welcher gegen den Entscheid des Strehlener Kreisgerichts und hiesigen Appellationsgerichts wegen Adelsaberkennung die Nichtigkeitsbeschwerde einlegt, Recht, oder was ist gegen denselben zu sagen?

Herr Prof. Stenzel führte zur Beantwortung dieser Frage an, daß in Preußen der Adel als Stand noch nicht abgeschafft sei, obwohl durch die Verfassung alle seine Vorrechte aufgehört haben. Da also der Stand existirt, so mögen die Juristen beurtheilen, ob der Adelstitel bei einem Verbrechen in Betracht kommen und aberkannt werden müsse. Jedenfalls sei es eine Erniedrigung für Nicht-Adlige, wenn ein adliger Spießbube in den bürgerlichen Stand versetzt werde. Auch er sollte in dem Stande, in welchem er geboren wird, verbleiben. Doch sei die Sache noch zweifelsfrei.

Herr Delsner liest die betreffende Mittheilung aus der Deutschen Reform vor und weist nach, daß die Ausstoßung eines infamirten Adligen aus seinem Stande und Verfestung in die bürgerliche Sphäre als ein Vorrecht gelten könne, das durch die Verfassung beseitigt sei. Es frage sich daher, ob die Verfassung oder ein veraltetes Gesetz mehr Geltung habe.

Herr Stenzel erwidert, daß in jedem konstitutionellen Staate die Verfassung als höchstes Gesetz gelten müsse.

Ist mit dem Konstitutionalismus das Zweikammer-System unbedingt verbunden und das Einkammer-System unvereinbar? d. h. widerspricht das letztere dem Konstitutionalismus im Prinzip, oder ist es bloß aus Nützlichkeitsgründen oder aus geschichtlicher Gewohnheit mit demselben verbunden?

Diese Frage soll in der nächsten Sitzung zur Erörterung kommen. Herr Prof. Stenzel wird den einleitenden Vortrag halten.

Sitzung der Stadtverordneten am 11. Juli.

In der heutigen Sitzung, zu welcher die neu gewählten und bekräftigten Stadtverordneten eintrafen, gab der Vorsitzende Dr. Gräber zunächst eine kurze Uebersicht von dem Geschäftsumfange in dem abgelaufenen Halbjahre, aus welcher hervorging, daß 2031 Vorlagen an die Verammlung gelangt und von ihr bis auf 66 erledigt worden waren. Referent dankte sodann der Verammlung für das dem Vorstande geschenkte Vertrauen, so wie für die Unterstützung bei der Leitung und Beförderung der Geschäfte, wobei der thätigen Mitwirkung der im vorigen Jahre für die verschiedenen Geschäftszweige organisierten Kommissionen besonders gedacht wurde, entließ die ausstehenden Mitglieder, begrüßte die Neuzugewählten und legte, nach vorangegangener Vereidung des magistratischen Schreibens, welches die Verammlung zur neuen Konstitution und zur Wahl des Vorstehers, des Protokollführers und der Stellvertreter für beide abgeordnete, sein Amt nieder. Ein Gleiches thaten die übrigen Vorstandsmitglieder.

Hierauf übernahm der Altverordnete Herr Eische den Vorsitz. Derselbe dankte zunächst dem abtretenden Vorstande für seine Mithilfe, wobei die Verammlung durch Ausschreiben ihrer Zustimmung zu erkennen gab, leitete dann durch Vortrag der betreffenden Paragraphen aus der Stadtordnung den Wahlakt ein und ernannte mit Bewilligung der Verammlung für denselben den Stadtverordneten Krug zum Schriftführer, die Herren Burghart und Lindecker zu Stellvertretern und die Herren Eische und Müller zu Wahlprüfern. Die Zahl der anwesenden Stadtverordneten betrug 63.

Nach den Ergebnissen der Wolltage sind bekannt: Herr Dr. Gräber mit 86 Stimmen zum Vorsteher, Rechtsanwält Krug einstimmig zum Protokollführer, Johann Herr Lindecker mit 57 Stimmen zum Stellvertreter des Vorstehers und Kaufmann Herr Sturm mit 67 Stimmen zum Stellvertreter des Protokollführers. Die Geschäftsplan erklärten sich zur Annahme der Ämter bereit.

Die neu konstituirte Verammlung beschloß: die gewöhnlichen Sitzungen im nächsten Geschäftsjahre allwöchentlich Donnerstags Nachmittags 4 Uhr abzuhalten. Sie erledigte sodann eine Vorlage, betreffend die Lieferung von 950 Centnern gelblicher Wasserleitungsrohren durch Abgabe der Beitragsentlastung von dem Vorstände des Magistrats, wonach die Lieferung dem künftigen Ober-Bürgermeister für die Mindestforderung von 3½ Thlr. pro Centner franco Breslau überlassen werden soll, und andererseits eine außerordentliche Sitzung künftigen Dienstag, Nachmittags 4 Uhr, zur theilweisen Erledigung der übrigen aufgammelten Vorlagen.

Die Revisions-Kommission der Stadtverordneten.

Dr. Gräber, Krug, Burghart.

Breslau, 12. Juli. [Schützenfest.] Heute Nachmittags um 1 Uhr wurde der neue Schützenkönig von der Schützen-Deputation kreiert. Derselbe nahm die Parade ab und besichtigte die Grenzen seines Reiches. Alsdann ging es zur Tafel. Ueber 90 Personen, der Bürgermeister, Stadtverordnete, Offiziere der Schützengilde, sowie Scharführer u. s. w. nahmen an dem Mahle Theil. Den ersten Toast brachte der Bürgermeister Wartsch unserem Landesherrn. Stadtverordneten-Vorsteher Gräber ließ den Schützenkönig leben und seine Wünsche, welche nicht in das Blaue schießen, sondern richtig und gut das Ziel treffen. Hierauf wurde ein von Kinderer gedichtetes Lied gesungen, welches den Applaus fand, den es im hohen Maße verdient. In humoristischer Weise behandelte es den Saalbau; und dies veranlaßte Herrn Stadtrath Becker eine Sammlung für diesen Zweck zu veranstalten. Die Sammlung betrug 20 Rthlr. Herr Lindecker trat sodann auf und erklärte, daß der erste Ritter, Herr Klempnermeister Scholz, sich erboten habe, die nöthigen Klempnerarbeiten auf dem Dache unentgeltlich zu liefern. Mit stürmischen Applaus wurde dieses Anerbieten aufgenommen. Es waren bei der Sammlung zwei fremde Gedächtnisse eingekommen, welche nun zum Besten des verunglückten Zielers versteigert wurden. Der Erlös dafür betrug 8 Rthlr. 5 Sgr. eine fernere Sammlung für denselben ergab noch 21 Rthlr. 3 Sgr. Die letztere Sammlung geschah auf Anregung des Herrn Zahnarzt Lindecker, welcher in einer ersten Rede den Werth der Schützengilde und den Wunsch, die Vereidigung des Scharführers mit derselben motivierte. Der Toast, den er ausbrachte, ging auf eine gut disciplinirte Wehr hinaus. Unterdes füllte sich der Garten, während die Gäste in dem Schützenfeste, welcher mit Guirlanden festlich geschmückt war, ihr Mahl einnahmen.

Breslau, 13. Juli. [Polizeiliche Nachrichten.]

In der benannten Woche sind (incl. 4 todgeborener Kinder und 2 Selbstmörder) von hiesigen Einwohnern gestorben: 33 männliche und 17 weibliche, zusammen 50 Personen. — Von diesen starben: an Abzehnung 9, Altersschwäche 4, Sturz 1, Durchfall 1, Darmverengung 2, Lungenentzündung 1, Rheuma 1, Nervenleiden 1, Gicht 1, Krämpfen 8, Krebs 1, Schaden 2, Lberleiden 1, Magenverengung 1, Lebensschwäche 2, Schlagfluß 2, Unterleibschwindel 3, Lungenentzündung 4, allgemeiner Wassersucht 2, Brustwassersucht 3, Gehirnwassersucht 1. — Unter diesen starben in den öffentlichen Krankenhäusern und zwar: in dem allgemeinen Krankenhaus 7, in der Gefangen-Krankenanstalt 1. — Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: unter 1 Jahr 18, von 1—5 Jahren 10, von 5—10 Jahren 1, von 10—20 Jahren 1, von 20—30 Jahren 2, von 30—40 Jahren 3, von 40—50 Jahren 1, von 50—60 Jahren 4, von 60—70 Jahren 5, von 70—80 Jahren 4, von 80—90 Jahren 1.

Stromabwärts sind auf der oberen Oder hier angekommen: 9 Schiffe mit Eisen, 3 Schiffe mit Butter, 18 Schiffe mit Brennholz, 6 Gänge Brennholz und 4 Gänge Bauholz.

Breslau, 13. Juli. [Herr Grobecker] ist seit dem jüngsten Montag, an welchem Tage er sein Gastspiel an unserer Bühne begonnen, bis heute Sonnabend, bereits viermal aufgetreten, und zwar an drei Abenden hintereinander in der neuen Posse von Kalisch „Junger Zunder — alter Zunder“, und gestern als „Kriemhild“ im „Lumpaciwaagabundus“. In 5 Tagen viermal facta loquuntur — was braucht da die Kritik zu sprechen! — Das Publikum amüßte sich, es lacht, applaudirt, ruft zahllose Tacapo's, ruft hervor, die Kritik lacht mit und hat nichts weiter zu thun, als dieses große Lachfest in formeller Weise zu konstatiren — was hiermit geschieht.

* Breslau, 13. Juli. [Urteil.] Gegen den Vorstand der christkatholischen Gemeinde hatte der Polizeianwalt wegen unterlassener Anzeige des stattfindenden Gottesdienstes auf Grund des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 Anklage erhoben. Heute fand die mündliche Verhandlung vor dem Einzelrichter statt. Die Angeklagten, Spornsteinseger Hülbrand, Professor Nees v. Esenbeck, Dr. Behnig und Schneider Fantini, waren in Person erschienen und wurden vom Referendarius Friedländer vertheidigt. Das publizierte Urteil lautet freisprechend.

Breslau, 13. Juli. [Glücklich überstandene Gefahr.] Am 27. Juni d. J. ritt der Kreis-Gensdarm Langner von Breslau auf der Striegauer Chaussee in seinen Bezirk, war den Uebergang der Berliner Eisenbahn passirt, und ritt auf der Chaussee längs der Eisenbahn weiter auf St. Margern zu. Nach zurückgelegter Wegestrecke kam der Berliner Zug dem Langner entgegen, dessen Pferd als erst kürzlich angekauft ungeritten, vor dem Geräusch der Lokomotive und des Zuges scheu wurde, umkehrte, und mit dem Reiter längs der Eisenbahn auf Breslau zu so schnell zurückließ, daß es die Lokomotive überholte, und nur auf Stubenlänge die inzwischen geschlossene 1. Barriere vor dem Bahnhause übersprang, und die 2. Barriere beim Ueberfahren zerbrach.

Breslau, 12. Juli. [Evangelischer Verein.] Sitzung vom 9. Juli. Vorsitzender: Weingärtner.

Als Vorstand sind gewählt: Rabiger, Klette, Herstein, Schneider, Weingärtner, Greger. Da einige der Genannten verreisen, mögen die an Stimmzahl zunächst Stehenden, Böhmner, Rhode und Scholz sie vertreten. Der Verein stimmt dem bei. Herstein und Schneider lehren ab wegen gehäufte Amtsgeschäfte, Böhmner wegen dringender wissenschaftlicher Arbeit. — Der Verein beschloß, daß anonym eingehende Briefe etc. nur nach erfolgter Einsicht des Vorstandes vor die Verammlung kommen dürfen. — Dem Verlangen, die Zahl der Stimmenden bei der Vorstandswahl mitzutheilen, wird Folge gegeben. Im Zeitungsbericht ist zu Anknüpfung des Stimmverhältnisses kein Raum. — Einem Wunsch nach vermehrter Theilnahme an der Debatte wird beigepflichtet. Nicht so dem, daß ein gewisser Brief gedruckt werden möge, was früherem Beschlusse widerspricht. Böhmner erklärt den Brief für todt. — Eine Frage wegen Stellung des Staatsoberhauptes zur Kirche und eine, die den konfessionellen Frieden fördern könnte, werden beiseite.

Nach Erledigung der Tagesordnung nimmt Herstein Bezug auf die Debatte über seinen Vortrag. Es freut ihn, im öffentlichen Leben zu sein, weil mit dem von ihm Gesagten zu finden. Des Beschlusses ist ihm die wahre Mitte zwischen den Extremen. Die Sprache, wo Verstand und Glaube sich scheiden, ist im Einzelnen sehr schwer zu bestimmen.

Greger äußert sich gleichfalls über seinen Vortrag in Betreff der Stellung von Philosophie und heil. Schrift. In der christlichen Welt war das christliche Bewußtsein, weil von der christlichen Idee bewußt und durchdrungen, das lauterste, und doch mehr als in ihm ein menschliches Element sich geltend. Darstellung jenes Bewußtseins ist die heil. Schrift, aus ihr muß das menschliche Element ausgeschieden werden, was früherem Beschlusse widerspricht. Böhmner erklärt den Brief für todt. — Eine Frage wegen Stellung des Staatsoberhauptes zur Kirche und eine, die den konfessionellen Frieden fördern könnte, werden beiseite.

Breslau, 13. Juli. [14te Sitzung des Schwurgerichts.] Die heute anberaumten Untersuchungsfälle mußten, nachdem die Verhandlung bereits bis zum Zugangsverbot vorgezeichnet war, plötzlich abgebrochen und bis zur nächsten Schwurgerichtsperiode verschoben werden.

In der ersten Untersuchung: wider den Tagelöhner Küchler, wegen vierfachen Diebstahls, war eine Vernehmung der Zeugin Adele Küchler mit einer anderen Frau gleiches Namens die Veranlassung. Dem wegen Majestätsbeleidigung in Anklagestand versetzten Zimmermeister Aug. Friedr. Keil war die Vernehmung nicht zur geschätzten Zeit zugestimmt worden, so daß derselbe verhindert war, den Entlastungsbeweis anzutreten. Wie Anklagefälle wurden durch Beschluß des Gerichtshofes vertagt.

Δ Biegnitz, 13. Juli. [Sparkassenverwaltung. — Magistratskollegium. — Ein Spaziergang von Schülkindern und die Polizei.] Im Laufe dieser Woche war das Kuratorium der hiesigen Sparkassenangelegenheit bei einander, um sich darüber Klarheit zu verschaffen, ob die hiesige Sparkassenverwaltung eine zweckmäßige und für das Kommunalwesen ersprießliche gewesen sei oder nicht. Es war nämlich die betreffende Kasse bis jetzt mit der Kammereikasse verbunden, so daß die Gelder derselben sehr häufig als Darlehen zu künftigen Zwecken benutzt und namentlich in letzterer Zeit bei verschiedenen unternehmen kostspieligen Bauten in großen Quantitäten daraus entnommen wurden. Die Stadt soll ihr gegenwärtig das nicht geringe Summen von 34,000 Thlr. schulden. In der oben erwähnten Verammlung ist denn nun aber die gegenwärtige Verbindung der Sparkasse mit der Kommunalkasse als ein großer Uebelstand erkannt und betrachtet und der definitive Beschluß gefaßt worden, die Sparkasse aus der jetzigen Verbindung zu lösen und von jetzt ab separat verwalten zu lassen. Man hofft und glaubt, daß durch diese Maßnahme nicht nur der Sparkasse, sondern auch der Stadt ein bedeutender Vortheil erwachsen werde, indem man durch diese Trennung in den Stand gesetzt wird, mit besserer Uebersicht über die gesamte Kassenangelegenheit unserer Stadt verfahren zu können. — Schon vor längerer Zeit machten wir Ihnen die Mittheilung, daß unser Magistratskollegium durch die Suspension des Bürgermeisters und Kammereis und den Austritt von 4 Rathsherren so inkomplett geworden sei, daß es

manchmal schwer halte, eine beschlußfähige Zahl zusammenzubringen. Die Stelle des Bürgermeisters Krüger ist nun zwar interimistisch seit etwa 5 Wochen durch den Bürgermeister Dr. Reichmann besetzt worden, allein die Stelle eines Kammereis und die Plätze der 4 Rathsherren waren bis jetzt immer noch erledigt, indem die königl. Regierung alle bisher von dem Stadtverordnetenkollegium vorgeschlagenen Rathsherren-Wahlen nicht bestätigt hat. — Das Publikum amüßte sich, es lacht, applaudirt, ruft zahllose Tacapo's, ruft hervor, die Kritik lacht mit und hat nichts weiter zu thun, als dieses große Lachfest in formeller Weise zu konstatiren — was hiermit geschieht.

Am 27. Juni d. J. ritt der Kreis-Gensdarm Langner von Breslau auf der Striegauer Chaussee in seinen Bezirk, war den Uebergang der Berliner Eisenbahn passirt, und ritt auf der Chaussee längs der Eisenbahn weiter auf St. Margern zu. Nach zurückgelegter Wegestrecke kam der Berliner Zug dem Langner entgegen, dessen Pferd als erst kürzlich angekauft ungeritten, vor dem Geräusch der Lokomotive und des Zuges scheu wurde, umkehrte, und mit dem Reiter längs der Eisenbahn auf Breslau zu so schnell zurückließ, daß es die Lokomotive überholte, und nur auf Stubenlänge die inzwischen geschlossene 1. Barriere vor dem Bahnhause übersprang, und die 2. Barriere beim Ueberfahren zerbrach.

Breslau, 12. Juli. [Evangelischer Verein.] Sitzung vom 9. Juli. Vorsitzender: Weingärtner.

Als Vorstand sind gewählt: Rabiger, Klette, Herstein, Schneider, Weingärtner, Greger. Da einige der Genannten verreisen, mögen die an Stimmzahl zunächst Stehenden, Böhmner, Rhode und Scholz sie vertreten. Der Verein stimmt dem bei. Herstein und Schneider lehren ab wegen gehäufte Amtsgeschäfte, Böhmner wegen dringender wissenschaftlicher Arbeit. — Der Verein beschloß, daß anonym eingehende Briefe etc. nur nach erfolgter Einsicht des Vorstandes vor die Verammlung kommen dürfen. — Dem Verlangen, die Zahl der Stimmenden bei der Vorstandswahl mitzutheilen, wird Folge gegeben. Im Zeitungsbericht ist zu Anknüpfung des Stimmverhältnisses kein Raum. — Einem Wunsch nach vermehrter Theilnahme an der Debatte wird beigepflichtet. Nicht so dem, daß ein gewisser Brief gedruckt werden möge, was früherem Beschlusse widerspricht. Böhmner erklärt den Brief für todt. — Eine Frage wegen Stellung des Staatsoberhauptes zur Kirche und eine, die den konfessionellen Frieden fördern könnte, werden beiseite.

Nach Erledigung der Tagesordnung nimmt Herstein Bezug auf die Debatte über seinen Vortrag. Es freut ihn, im öffentlichen Leben zu sein, weil mit dem von ihm Gesagten zu finden. Des Beschlusses ist ihm die wahre Mitte zwischen den Extremen. Die Sprache, wo Verstand und Glaube sich scheiden, ist im Einzelnen sehr schwer zu bestimmen.

Greger äußert sich gleichfalls über seinen Vortrag in Betreff der Stellung von Philosophie und heil. Schrift. In der christlichen Welt war das christliche Bewußtsein, weil von der christlichen Idee bewußt und durchdrungen, das lauterste, und doch mehr als in ihm ein menschliches Element sich geltend. Darstellung jenes Bewußtseins ist die heil. Schrift, aus ihr muß das menschliche Element ausgeschieden werden, was früherem Beschlusse widerspricht. Böhmner erklärt den Brief für todt. — Eine Frage wegen Stellung des Staatsoberhauptes zur Kirche und eine, die den konfessionellen Frieden fördern könnte, werden beiseite.

Breslau, 13. Juli. [14te Sitzung des Schwurgerichts.] Die heute anberaumten Untersuchungsfälle mußten, nachdem die Verhandlung bereits bis zum Zugangsverbot vorgezeichnet war, plötzlich abgebrochen und bis zur nächsten Schwurgerichtsperiode verschoben werden.

In der ersten Untersuchung: wider den Tagelöhner Küchler, wegen vierfachen Diebstahls, war eine Vernehmung der Zeugin Adele Küchler mit einer anderen Frau gleiches Namens die Veranlassung. Dem wegen Majestätsbeleidigung in Anklagestand versetzten Zimmermeister Aug. Friedr. Keil war die Vernehmung nicht zur geschätzten Zeit zugestimmt worden, so daß derselbe verhindert war, den Entlastungsbeweis anzutreten. Wie Anklagefälle wurden durch Beschluß des Gerichtshofes vertagt.

Δ Biegnitz, 13. Juli. [Sparkassenverwaltung. — Magistratskollegium. — Ein Spaziergang von Schülkindern und die Polizei.] Im Laufe dieser Woche war das Kuratorium der hiesigen Sparkassenangelegenheit bei einander, um sich darüber Klarheit zu verschaffen, ob die hiesige Sparkassenverwaltung eine zweckmäßige und für das Kommunalwesen ersprießliche gewesen sei oder nicht. Es war nämlich die betreffende Kasse bis jetzt mit der Kammereikasse verbunden, so daß die Gelder derselben sehr häufig als Darlehen zu künftigen Zwecken benutzt und namentlich in letzterer Zeit bei verschiedenen unternehmen kostspieligen Bauten in großen Quantitäten daraus entnommen wurden. Die Stadt soll ihr gegenwärtig das nicht geringe Summen von 34,000 Thlr. schulden. In der oben erwähnten Verammlung ist denn nun aber die gegenwärtige Verbindung der Sparkasse mit der Kommunalkasse als ein großer Uebelstand erkannt und betrachtet und der definitive Beschluß gefaßt worden, die Sparkasse aus der jetzigen Verbindung zu lösen und von jetzt ab separat verwalten zu lassen. Man hofft und glaubt, daß durch diese Maßnahme nicht nur der Sparkasse, sondern auch der Stadt ein bedeutender Vortheil erwachsen werde, indem man durch diese Trennung in den Stand gesetzt wird, mit besserer Uebersicht über die gesamte Kassenangelegenheit unserer Stadt verfahren zu können. — Schon vor längerer Zeit machten wir Ihnen die Mittheilung, daß unser Magistratskollegium durch die Suspension des Bürgermeisters und Kammereis und den Austritt von 4 Rathsherren so inkomplett geworden sei, daß es

Lehrer am Königl. Kadettenhause,

